

diese Theorien in jedes Arbeiterheim brächte. Diesen in der Hauptfrage auf den Boden marxistischer Ideen stehenden Elementen ließe die Isolation und allgemeinen Ausschließung zuzuführen, die von Zeit zu Zeit die Vollzugsausschüsse der Gewerkschaften nachziehen, die Kräfte der Regierung lähmen und woran die gewerkschaftliche Arbeit oft aus Unverstand (!) oder gezwungen leitnehm.

Bern, 27. September. Smillie, der Präsident der britischen Bergmannsvereinigung, sagte in der Eröffnungsrede bei der Jahresversammlung der schottischen Section der Labour Party in Glasgow am 22. September, solange der Krieg über Europa hänge, sei auf wahre Reformen nicht zu rechnen. Leider seien die Arbeiter und die anderen Gesellschaftsklassen verschiedener Ansicht über Krieg und Frieden. Manche Leute dächten, daß ein dauernder Frieden nur durch den militärischen Sieg der Alliierten zu erreichen sei. Aber er sei der Ansicht, daß ein solcher noch weitere große Opfer an Gut und Blut kosten werde. Man sei sich gläubig, er, einzig, daß ein militärischer Sieg nicht vor ein bis zwei Jahren erfolgen werden könne. Das würde Europa eine Schuld in der Welt aufzulegen, deren Ablösung viele Generationen dauern werde. Selbst das wäre nicht so schlimm. Aber es würde den Grund für einen weiteren Krieg legen und daß zurückschlagen. Ein Verdrängungskrieg sei besser geeignet, zu befehligen, was zu den Kriegen führte. Er sei daher dafür, daß sobald als möglich Friedensverhandlungen eröffnet würden, nicht zwecks Erlangung eines Friedens um jeden Preis, sondern eines für alle Teile geordneten Friedens. Man solle sich nicht darauf verlassen, daß in naher Zukunft in Italien die diplomatischen im allgemeinen und Cecil im besonderen, deren einer den Streich begangen habe, Helgoland an Deutschland abzugeben.

Aus dem Osten

Petersburg, 27. September. (Reuter.) Terentjew hat seine Entlassung genommen, und das Kabinett jetzt ein rein sozialistisches.

Der wachsende sozialistische Einfluss in Russland.
Budapest, 27. September. Der in Deutschland lebende russische Sozialistenführer Karus hatte mit einem Redakteur des sozialdemokratischen Blattes „Rasswaja“ eine längere Unterredung über die Aussichten der russischen Revolution. Karus erklärte u. a., von einer Eigenrevolution könne keine Rede mehr sein. Der russische Sozialismus war nicht einseitig und das Ziel der Sozialisten, hat den Einfluss der sozialdemokratischen Organisationen in großem Maße gekürzt. Kerenski will sich jetzt auf die bürgerlichen Elemente stützen. Demgegenüber werden die sozialdemokratischen Organisationen immer mehr an Kraft und Bedeutung gewinnen. Der Einfluss der Arbeiter- und Soldatenräte, die jetzt auf mehr als 500 Stellen tätig sind, bedeutet eine weit größere Macht als zu Beginn der Revolution. Man denkt, trotz des Widerstandes der Regierung und der Bourgeoisie an die baldige Einberufung der Verfassungskonvention. Die Regierung ist ein Gegner dieser Versammlung, weil sie die Aufgaben der Grundgesetzfrage freilässt, andererseits der Überzeugung ist, daß das Zusammenkommen der Verfassungskonvention gleichfalls das Ende des Krieges bedeutet, weil diese Versammlung in ihrer Mehrheit aus den friedliebenden russischen Bauernelementen bestehen würde, die mit den Schwierigkeiten der Diplomatie wenig vertraut und noch weniger zutiefen sind.

Karus erklärte weiter, Russland das höchste und zum Frühjahre den Krieg fortzuführen, da die russische Armee moralisch gedrohen ist und die Umwälzung eines Winterfeldzuges nicht mehr zu erwarten vermöge. Die Zukunft Europas müsse sozialistisch sein oder es gehe zugrunde.

Hatfeldt bei Lenin.

Petersburg, 28. September. Die Mütter verzeihen das Gerücht, daß Lenin nach Petersburg zurückgekehrt sei. Der Minister des Innern ordnete an, daß Lenin, wenn er in Petersburg entdeckt werde, verhaftet werden soll, daß die Verhaftung aber nicht im Stillsitzsaal der demokratischen Konferenz stattfinden dürfe.

Auftragsplan Kerenski auf der demokratischen Konferenz.
Petersburg, 27. September. (Reut. Tel. Mg.) Heute nachmittags um 5 Uhr wurde in dem großen städtischen Theater im Gegenwart eine Versammlung der Sozialisten in der demokratischen Konferenz eröffnet. Der Vorsitzende des Hauptvollziehungsausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte (Schelch) erklärte die Konferenz für eröffnet und hielt eine Rede, in der er die Gründe für die Einberufung der Konferenz, namentlich die außerordentlich schwere Lage des Landes und die enorme Notwendigkeit der Bildung revolutionärer Regierungen erklärte. Er erklärte, die allen den Elementen verantwortlich wäre, auf die sie sich stützen könnte. Der Vorsitzende des Rates der Bauernangeordneten (Kawenikow) sagte: Der Augenblick ist gekommen, in dem die Demokratie ihre politische Weisheit aufdecken muß, um die Errungenschaften der Revolution zu retten, die von einer nie wieder gutzumachenden Katastrophe bedroht ist, wenn diese nicht jetzt bekämpft werden.

Nach der Wahl des Bureau, das aus 33 Mitgliedern besteht, darunter Tschibis, Terentjew, Awilientien und Tschernow, ergriß Kerenski das Wort. Er begrüßte die Konferenz namens der Regierung der russischen Republik und als Vorkriegsbesitzer und sprach zu keiner eigenen Verteidigung. Besonders hinsichtlich des Kornloshandels. Kerenski erklärte, er habe seit langem Nachdenken über den sich vorbereitenden Sozialkrieg gehabt und von Tag zu Tag alle Maßnahmen getroffen, um diesen unerwarteten Ereignissen vorzubereiten. Seit der Entennung Kornilows zum Oberbefehlshaber habe das Hauptquartier begonnen, ein Ultimatum über die andere an die vorläufige Regierung zu richten. Kurz vor der Moskauer Konferenz sei der Regierung ein neues, nicht früheres Ultimatum zum Hauptquartier überreicht worden, das im Weiteren nicht geantwortet habe, die Konferenz zum Schreiben zu bringen, aber die Regierung habe auch dieses Ultimatum zurückgewiesen. Nach dem Zusammenbruch bei Pensa seien die genannten Bestrebungen des Hauptquartiers noch einwirklicher geworden. Kerenski kam dann weiter auf die bereits bekannten früheren Vorkommnisse zu sprechen und leitete die Auseinandersetzung mit unerwarteter Handlung ab, angelehnt an die plötzliche Unterwerfung der Regierung der Armee des Generals Krown gegen Petersburg. Auf das Programm der Konferenz übergehend, erklärte Kerenski, die Regierung habe ihn beauftragt, auszu-

sprechen, daß in diesem Augenblick mehr als jemals das Land eine große, sehr große Anstrengung machen müsse, denn die Hauptkraft wachst unüberdrehlich und vorbereitet sich ein Telegramm aus Petersburg an, worin die Regierung benachrichtigt wird, daß die britische revolutionäre Bewegung nicht erlaube, die Wiederherstellung des Landes, der sich auf sich hatte, zu verhindern. Die Vorläufigen Ausschüsse bestell und sprachen: Braus, sehr gut! Kerenski wandte sich gegen ihre Ränge und sagte: Bürgerlicher Feind, der den Weltanbruch nicht verhindern hat, wird diesen Befehl zu würgen wissen, besonders in dem Augenblick, wo uns die Unterstützung einer deutschen Flotte gegen den russischen Goff gemeldet wird. Kerenski fuhr fort: Wenn die Regierung und das Land die Konferenz nicht mit solcher und letztgültiger Stimme sprechen hören, wird die Sache der Revolution unüberdrehlich verloren sein. Das ist unabweisbar notwendig, als wir von der Front große Ereignisse erwarten und nicht wissen, mit welchen Mitteln wir ihnen die Seiten bieten sollen. Kerenski schloß seine Rede, indem er sagte: Ich habe bisher als Mensch gesprochen. Jetzt spreche ich als Anhänger der obersten Gewalt, und erkläre von neuem, daß jeder der die freie russische Republik antastet, die ganze Macht der revolutionären Regierung erfordern wird.

Kriegsminister General Werschowski begann seine Rede mit der Erklärung, Deutschland wolle im Hinblick auf die Schwäche und auf seinen künftigen Verfall, einen Sonderfrieden mit Frankreich und England zu schließen. Die Alliierten hätten mit Entschiedenheit diese Vorschläge abgewiesen. Der Minister stellte fest, die Armeen und die Flotte weigerten sich nicht zu kämpfen, aber unglücklichem seien sie nicht von dem Geist des Sieges befeuert, welcher allein Russland retten könne. Die Partei Kerenski milde aus der Armeekräfte zu werden. Werschowski sprach Johann von Krieg und sagte, er müßte fortgehen, bis man die feste Sicherheit habe, daß der Friede, den so viele begehren, ein Frieden der Freiheit aller Nationen sein werde. Der ehemalige Außenminister Tschernow nahm darauf das Wort und sprach sich entschieden gegen eine Verbindung mit den Kabinetten aus. Der Maximalkameraden erobert Einbruch gegen eine Verbindung nicht nur mit den Kabinetten, sondern mit allen bürgerlichen Parteien, mit welchen die Sozialisten sich niemals verständigen könnten. Terentjew, begrüßt mit dem Ruf: Gehe der Führer der Revolution, erklärte, ein ausschließlich sozialistisches Ministerium sei ein unüberwindlicher Plan, denn ein bürgerliches Kabinett würde nicht lange bestehen. Kerenski erklärte, die bürgerlichen Elemente auf einen Kampf gegen die Demokratie vorzubereiten, die jedoch aus dem Aufstandsbuch Kornilows wenigstens einigermäßig hervorgegangen sei; mithin, so schloß der Redner, dränge sich der Grundlag der Vereinigung gebeterlich auf.

Die Sitzung schloß um Mitternacht. Heute findet keine Sitzung statt. Während des ganzen Tages wurden beschließende Beratungen der politischen Parteien und Gruppen stattfinden. Der Austritt Terentjew aus dem Kabinett scheint der erste Erfolg zu sein.

Erst lies und überzeuge Dich!

Unüberlegte Urteile sind meistens unrichtig. Man muß erst die volle Überzeugung erlangt haben, wenn man zutreffend urteilen will. Das gilt besonders auch von den Kundgebungen der deutschen Presse zur Vorbereitung für die Kriegsanleihe. Wer sich das Interesse an nationalen Erfolg bewahrt hat, wird nicht fähig über die Mahnungen der deutschen Presse an das deutsche Volk hinweggehen, er wird sie lesen, ihren Inhalt sich zu eigen machen, sich und andere von der Notwendigkeit der Vorbereitung überzeugen und damit sein Scherlein zum Besten des vaterländischen Werkes beitragen.

Russische Friedensschlicht.

Wod, 28. September. Die Polzer „Gedonia Post“ vom 28. d. M. berichtet, daß in Petersburg aus Anlaß der Eröffnung der demokratischen Konferenz große Demonstrationen stattfanden, bei denen viele Tausende große Umzüge über fast alle Straßen und Plätze Petersburgs veranstalteten und den Frieden so laut und heftig ansahen, daß die Polizei und das Militär die Eingänge zu den Gebäuden und Hotels besetzen mußten, um die jemanden Bolschakow vor der ihnen drohenden Gefahr in Schutz zu nehmen. Die demokratische Konferenz selbst hat einen aus von dem Soldaten und Arbeiter in Moskau, Kronstadt, Odessa und Kiew und anderen Stadtgemeinden Russlands unterhalten. Werschowski drückt sich, daß die interimsliche Regierung sofort Friedensunterhandlungen in energischer Weise beginnen soll.

Der Seekrieg

22 000 T. versinkt.

Berlin, 28. September. (Mittl.) Im Sperrgebiet von England wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote wiederum 22 000 Bz.-Kt. versenkt. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der belgische englische Dampfer „Ducen Atlantic“ (4278 T.) mit Fracht von Arangel nach England, zwei Hilfskahn-Dampfer, davon einer belgischer und englischer Nationalität, ferner die französischen Segler „Lafayette“ und „Amerique“ mit Kohlen für Frankreich und der russische Segler „Meceta“, welche letztere drei unter Sicherung fuhren.

Katastrophale Wirkung des U-Boottiefes im Mittelmeer.
Die von den Deutschen an der Salonikifront gefangenen Entensendaten lassen, wie aus Berlin gemeldet wird, in ihren Verfassungen von Woche zu Woche stärker werdende katastrophale Wirkung des Unterseebootkrieges im Mittelmeer erkennen. Für die kurze Reise von Toulon nach Saloniki, die selber drei Tage dauerte, brauchen die Dampfer jetzt etwa 16 Tage, da sie trotz ihrer Begleitung durch Unterseeboote, Torpedoböte und sonstige Kriegsschiffe unterwegs in allen Häfen längere Zeit liegen und Auslastung über die deutschen Unterseeboote abwarten müssen. Technisch gesehen bedeutet eine derartige Verlangsamung aller Fahrten genau dasselbe

wie Verlust der Tonnage durch Versenkung. Nach den letzten Meldungen von der Salonikifront herrscht dort allgemein der Eindruck, daß es aus und vorbei ist mit der englischen Seeherrschaft. Unter Georges großpreussische Heben sollen offenbar nur zur Vermeidung des eigenen Landes und zur Veneberung der Neutralen dienen. Es ist allgemein üblich, daß diejenigen Entensendaten, die nicht von Griechenland an der Küste entlang über Sami, Larantza und Tarsus reifen können, lieber auf festlichen Seimantulaub verpackt, da sie so bedeutend gesteigerte Gefahr, torpediert zu werden, fürchten.

Der Krieg gegen Italien

Italienische und österreichische Luftangriffe.
Wien, 28. September. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Am 27. September abends unternahm eine italienische Flugzeug-Abteilung aus Porengo und Palan. Es wurden mehrere militärische Stätten angegriffen. Die Bomben fielen in die See. Der Angriff war jedoch nicht als die früheren. Der Angriff ist ein unserer Flugzeugschwadron die Nationalität von Tesi bei Ancona an. Sie wurde durch Luftkessel zerstört. Ein in der See befindliches Luftschiff explodierte mit hoher Geschwindigkeit.

Friedenspropaganda der italienischen Sozialisten.
Der Schweiz. Postbote meldet: Der „Sonnit“ berichtet, daß der nationale Kongress der Sozialisten in Florenz mit 2500 gegen 700 Stimmen das bekannte kriegsfeindliche Kundschreiben der revolutionären Aktion, welches eine Friedensaktion nach dem Vorbild der russischen Revolution vorschlägt, reiflos genehmigt und bestätigt hat.

56 italienische Bürgerwehler genehmigt.
Jülich, 28. September. Nach Meldungen von der oberitalienischen Grenze ist am Dienstag in Rom ein Amtserhebung von 56 Bürgerwehler und Gemeindevorständen Oberitaliens erfolgt. Es ist dies die unmittelbare Folge der letzten der Truppenfordern revolutionären Ausschüsse, deren Beginn durch die Detachements nachgewiesen wurde.

Der Krieg mit Mexiko

Deutschensche im Lande der Freiheit.
Newport, 28. September. (Reuter.) Die Verhandlungen von Deutsch und Deutschen haben gestern eingeleitet. Heute wurden viele Personen nach Ellis Island gebracht, wo sie hauptsächlich während der Dauer des Krieges interniert werden. Die meisten der Verhafteten waren in Gefolgschaften oder als Schiffsarbeiten beschäftigt.

Ende des Streiks der amerikanischen Werftarbeiter?
Amsterdam, 28. September. „Central News“ meldet aus San Francisco, daß die 25 000 ansässigen Arbeiter der Schiffbauern am Ellis Island die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Die Neutralen

Deutschensche Seereise in Argentinien.
Buenos Aires, 28. September. (Hanns.) Heute hat auf dem Strassen eine Kundgebung mit zehntausend Teilnehmern (17) stattgefunden, welche den Abbruch der Beziehungen zu Deutschland forderte. In vielen Häfen wurde die Regierung zum Handeln aufgefordert, und ein Abbruch der Beziehungen der Kamerer eine Adresse, welche die Zustimmung zu deren Beschluß auspricht.

Nach Peru und Paraguay?
Die „Köln. Ztg.“ meldet von der schweizerischen Grenze: Die Hanns-Agentur meldet aus Lima, Peru richte an Deutschland ein Ultimatum, in dem eine Frist von acht Tagen gesetzt wurde, um wegen des Verlustes der „Lorion“ Genugtuung zu erhalten.
Wien, 28. September. Der Kongress nach Argentinien wurde, wie „Hanns“ aus Montevideo meldet, zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen, um die Frage des Bruchs mit Deutschland zu erörtern. Wie „Hanns“ weiter aus Argentinien meldet, beabsichtigt die Regierung von Paraguay, die Beziehungen zu Deutschland abzubrechen. Der frühere Präsident hat zum Zeichen des Protestes sein Senatoren-Mandat niedergelegt.

Politische Kundschau

Deutsches Reich

Bemerkenswerte Verlegenheitsklärung der Zentrumsfraktion.

Berlin, 28. September. „Germania“ veröffentlicht folgende Erklärung der Zentrumsfraktion des Reichstags: 1. Die Behauptung, daß die Abgeordneten Fehrenbach und Erzberger gegen den Beschluß des Reichsaussschusses der Zentrumspartei vom 25. Juli 1917 zu Gunsten der gestimmten haben, ist irrig. Fehrenbach, Erzberger konnte aus zureichenden Gründen am Tage der Abstimmung nicht mehr anwesend sein (!), ist aber mit dem Frankfurter Beschluß vollkommen einverstanden. Der Abgeordnete Fehrenbach hat nicht nur für diesen Beschluß gestimmt, sondern in hervorragender Weise an dem Zustandekommen desselben mitgewirkt. 2. Sämtliche in Frankfurt angewählten Reichstagsabgeordneten der Zentrumsfraktion, welche am 19. Juli für die Friedensunterzeichnung des Reichstags gestimmt haben, haben dem Beschluß des Reichsaussschusses zugestimmt (!), da sie in diesem keinen Gegensatz zu ihrem Standpunkt, sondern nur die Heranziehung eines in der Friedensunterzeichnung des Reichstags als selbstverständlichen vorausgesetzten Kriegszweckes erblickten. (!) 3. Es ist sehr bedauerlich, daß von einzelnen Parteiangehörigen in einigen Presseorganen ein über die sachliche Kritik hinausgehender persönlicher Kampf gegen Fraktionsmitglieder geführt wird. (!) Dadurch wird die Einigkeit der Partei, die nie so nötig war wie in diesen schweren Zeiten, im höchsten Maße gefährdet. — Das hätte sich die Partei vorher überlegen sollen.

Maßnahmen zur Papiererparnis.
Berlin, 27. September. Durch Bekanntmachung des Reichstagsorgans vom 25. September 1917 ist das Bel-

Deutscher Reichstag
Kanzlerrede im Hauptauschuh.

Der Hauptauschuh des Reichstages begann heute die Beratung der Fragen der auswärtigen Politik. Anwesend waren Reichskanzler Dr. Michaelis, sämtliche Staatssekretäre und viele Bevollmächtigte zum Bundesrat. Der Vorsitzende Abg. Fechnerbach eröffnete kurz nach 10 Uhr die Sitzung mit der Bitte, in Rücksicht auf die Fülle des Beratungstoffes aus den Erörterungen Angriffe auf die Reichstagsmehrheit auszuschalten, da in der Vollversammlung die Beratung der sozialdemokratischen Interpellation heir. Agitation im Bereich der Reichstagsmitglieder bieten werde, darauf zurückzukommen. Der Hauptauschuh einigte sich dahin, die Behandlung der belgischen Frage im Anschluß an die Aussprache über die deutsche Antwort auf die päpstliche Note stattfinden zu lassen, und zwar in streng vertraulicher Erörterung; am Schlusse der Beratungen soll ein vereinbarter Bericht darüber ausgegeben werden. Als erster nahm

Reichskanzler Dr. Michaelis

das Wort. Er sprach über

die allgemeine Lage

und begann mit warmen Dankesworten an Heer und Marine und mit einem Blick auf die glänzenden militärischen Erfolge der letzten Wochen. Sodann gedachte er in herablassenden Worten der Waffentat der Kaiserlichen Flotte und der Flottenmacht. Er sprach weiter den beherzigenden Stand unserer Beziehungen zu den Neutralen. Der Reichskanzler hob hervor, daß wir die den Neutralen durch den Wirtschaftskrieg der Entente zugefügten Leiden aus lebhaftester Beobachtung und daß wir stets bereit sind, an der Versorgung der Neutralen mit notwendigen Bedarfsgegenständen teilzunehmen, als die Anspannung unserer eigenen Kräfte durch den Krieg dies zulaßt. In knappen Strichen zeichnete der Reichskanzler hierauf

den Stand der Dinge in den feindlichen Ländern.

Die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten Frankreichs nehmen rasch zu. Noch schärfer macht sich die wirtschaftliche Not mit ihren innerpolitischen Begleiterscheinungen in Italien fühlbar. In England läßt unter

U-Bootkrieg seine sichere und unerlöschliche Wirkung

aus. Nur die trügerische Hoffnung auf einen Zwiespalt bei uns läßt die leitenden britischen Staatsmänner heute noch Kriegsziele verkünden, die mit den politischen und wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten Deutschlands völlig unvereinbar sind. In den Vereinigten Staaten ruht die Regierung mit allen Mitteln die fehlende Kriegslust aufzuwecken. Wir sehen dem angekündigten militärischen Kräfteeinmarsch der Union ruhig und zuversichtlich entgegen. In Rußland herrscht eine schwere Wirtschaftskrise. Die Frage einer künftigen Demobilisierung liegt wie ein Alpdrück auf der neuen Regierung. Die leitenden Männer, zur Hälfte abhängig von den Arbeitern und Soldaten, sind, zur anderen von ihren englischen und amerikanischen Geldgebern, scheinbar so gut wie keine Bewegungsmöglichkeit nach außen mehr zu besitzen. Der Reichskanzler kam dann auf unsere Antwort auf die Papstnote und auf die

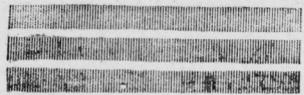
Frage der Kriegsziele

zu sprechen. Er führte dazu aus: Die deutsche Note ist bei unseren Freunden und Verbündeten beifällig, bei der Mehrzahl unserer Gegner mit



Die
Kriegsanleihe
ist die Saat -
der Frieden die
Ernte!

Wie der Landmann das
versparte Saatgut zur
rechten Zeit der
Erde anvertraut, so mußt Du
jetzt
jeden ersparten Groschen
Deinem Vaterlande leihen!
Darum zeichne!



offensichtlicher Verlegenheit aufgenommen worden. Soweit eine Kritik vermischt worden ist, richtete sie sich in erster Linie dagegen, daß positive Erklärungen über Einzelheiten in der Note nicht gegeben waren. Es ist schwer verständlich, wie ein Kenner der internationalen Lage und der internationalen Gebräuche je

malis daran glauben könnte, wir würden in der Lage sein, in einer einseitig von uns gegebenen öffentlichen Erklärung die Lösung so wichtiger Fragen, die in unsrer Lage in Zusammenhang mit dem ganzen, belagerten Friedenshandlungen zu behandelnden Fragen zu komplexen, durch eine einseitige Erklärung zu unseren Ungunsten festzulegen. Jede derartige öffentliche Erklärung im gegenwärtigen Stadium könnte nur verwirrend wirken und die deutsche Interessen schädigen. Wären wir auf Einzelheiten eingegangen, so würde die Parole im Lager des Gegners gewesen sein: Die deutschen Konzeptionen sind als Zeichen der wachsenden Schwäche Deutschlands auszuliegen, sind vollkommen schief, verständlich und deshalb als wertlos zu buchen. Wir wären dem Frieden nicht um einen Schritt näher gekommen; im Gegenteil; die Heberzeugung auf Seiten der Gegner, daß nur die Unlust unserer Jünglinge unsere Veranlassung haben könnten, eine für jeden diplomatischen Techniker so vollkommen unerklärliche Haltung anzunehmen, hätte bestimmt Kriegsverlägerung gewirkt. Ich nehme für die Kriegsführung das Recht in Anspruch, das die leitenden Staatsmänner in allen feindlichen Ländern für sich in Anspruch genommen haben. Ich muß den Standpunkt der Reichsleitung klarstellen, von dem wir uns nicht ablenken lassen werden, daß ich es zurzeit als höchst unglücklich unsere Kriegsziele zu präzisieren und unsere Unterhändler festzulegen. Wenn sich die Mitglieder des hohen Hauses und der Presse mit uns auf diesen Standpunkt stellen wollten, würde die Situation unendlich erleichtert und gefördert, und der Weg zum Frieden würde zum Segen des Vaterlandes von unvermeidbaren Hemmnissen befreit sein.

Zum Schlusse wandte sich der Reichskanzler

gegen die Wilsonsche Antwort auf die Papstnote. Der Versuch Wilsons, zwischen Volk und Regierung in Deutschland Zwietracht zu säen, ist ausichtslos. Die Note hat uns fester zusammengeführt als in dem harten Willen, jeder fremden Einschüchterung entschlossen und kraftvoll Trost zu bieten. Die Stammenden, aus tiefer Empörung heraus geborenen Proteste haben dies bezeugt. So wenig wie die Wilson-Note wird irgendein anderer feindlicher Versuch im deutschen Volk den Geist des 4. August überwinden; dieser Geist wird leben und siegen, solange um der Winge der Gegner zur Verteidigung unseres Vaterlands und unserer Zukunft kämpft.

Darauf sprach Staatssekretär Kühlmann: Mit wenigen Worten will ich auf die im Morgenblatt erschienenen Nachrichten eingehen, es existiert eine deutsche Note über Belgien. Es ist eine der besten Erfindungen, die mir jemals in meiner politischen Praxis vorgekommen sind. Sie ist wahrheitsfalsch, fransösischen Ursprungs. An der ganzen Sache ist kein wahres Wort.

Der Telegraph hat uns Auszüge aus einer Rede gebracht, die Herr Lequith gehalten hat. Wenn die Reuterschen Auszüge ein getreues Bild dessen geben, was Herr Lequith gesagt hat, so glaube ich jedenfalls behaupten zu können, daß er uns auf dem Wege, der für Europa nötig ist, um seinen Schritt zu fördern, steht. Ich komme nun zum eigentlichen Thema unserer heutigen Beratung:

Zur Note des Papstes.

Wie immer auch das unmittelbare Ergebnis des päpstlichen Friedensschrittes sich gestalten möge, diese mutige Initiative des Papstes wird einen Abchnitt in der Geschichte dieses ungeheuren Weltkampfes bedeuten, daß sie

Dame sich einstellt, mit dem Abendzuge nach Schloß Wüchberg zu fahren, so konnte das gewünschte Material recht wohl übermorgen zur Stelle sein, und es dürfte demnach genügen, wenn ich Ihnen achtundvierzig Stunden Zeit laie.

Das ist unmöglich. Die Rechnung, die Sie da aufstellen, ist für mich unannehmbar, ganz deshalb, weil ich keine Möglichkeit haben würde, die Komplette heute noch zu sprechen.

Aber meine Zeit ist gemessen, Herr Hoffmann, und ich habe durch die Weigerung der Komplette, mich zu empfangen, schon mehrere für mich sehr kostbare Tage verloren. Wo so viel für sie auf dem Spiele steht, sollten sich die Damen, wie ich meine, einige kleine Unbequemlichkeiten doch nicht verdröhen lassen.

Es handelt sich nicht um kleine Unbequemlichkeiten, sondern darum, daß Sie uns die Möglichkeit gewähren, Ihre Bedingung, vorausgesetzt, daß Sie von der Prinzessin akzeptiert wird, auch wirklich zu erfüllen.

Nun wohl, so will ich die Frist um weitere vierundzwanzig Stunden verlängern. Das aber ist das äußerste Zugeständnis, das Sie von mir ermarren dürfen. Bin ich am dritten Tage, von heute an gerechnet, nicht im Besitz der gewünschten Angaben, deren Prüfung ich mir oder dem Prinzen selbstverständlich vorbehalten muß, so betrachte ich die Verhandlungen als gescheitert.

Und angenommen, daß dieser Fall eintreite, was würden Sie dann tun?

Ihnen darauf zu antworten, habe ich vor der Hand keine Veranlassung. Aber ich denke, Sie könnten es ungefahr erraten.

Wohl, Sie sollen innerhalb dreier Tage durch mich die Antwort der Prinzessin erhalten, sagte Hoffmann. Aber es bleibt da noch eines zu bedenken, Herr Doktor Lombrowski! Wenn der gelundene Knopf wirklich die Möglichkeit hätte, die Sie ihm beisehen, könnte da nicht eines Tages dieser Knopf mit neuen Erpressungsversuchen an die Damen herantreten? Daß dem Einbruch, den ich von dem Manne empfange, habe, kann man sich ja von ihm getrost derselben Schürkeren versehen wie von seinem Bruder. Und es besteht, wie mir scheint, sehr intime Beziehungen zwischen Ihnen und ihm.

(Berichtigung folgt)

Die Briefe der Prinzessin.

von G. W. Oppenheim

88]

Und da sich bis jetzt kein Anhalt da-
mar ergeben hat, daß der Vertreter des Ermordeten in die
alberhöchsten Kreise hinreichend, zu werden Sie am Ende
begreifen, welche der beiden Möglichkeiten mich die wahr-
scheinlichere dünnte."

Seine Fingel sich geschlagen. Gegen die grausame
Zogit dieses fürchterlichen Menschen hatte er keine Waffen
mehr. Er zweifelte nicht, daß alles sich genau so verhielt,
wie der Pole sagte, und er machte darum keinen Versuch,
die Zeit mit zwecklosen Einwendungen zu vergeuden.

Dieser noch ihrer Meinung so verdräufige Knopf also
st es, den Sie zum Gegenstand eines Tauschgeschäftes zu
machen wünschen?"

"Baron! Nicht der Knopf allein, sondern mit ihm
gleichwohl alles andere, was ich über die Beziehungen der
Damen zu Otto Martens weiß. Sie werden mir ja zu-
geben, daß da ein leicht zu erklärender Zusammenhang be-
steht. Es war der Komtesse Waldendorff und ihrer ver-
trauten Gesellschaften oder Freunden ohne Zweifel be-
kannt, daß Martens mit der Widit umging, seine kostbaren
Dokumente ihrer Gegenpartei auszuliefern, und da sie sich
nicht in der Lage befanden, diese kapitalstärkere Gegen-
partei zu überbieten, konnten sie in ratloser Verzweiflung
wohl auf den Gedanken verfallen, sich der Briefe ungeheiß
auf dieselbe Art zu bemächtigen, in der Martens selbst in
ihren Briefen gelangt war. Es ist nicht meine Sache, mich
den Kopf darüber zu zerbrechen, wie Grünelein von Weh-
lingen in die verschlossene Wohnung des Mannes gelangen
konnte, sondern ich kann mich für meine weiteren Schritte
mit dem Faktum begnügen, daß sie die Mittel und Wege
dazu gefunden. Natürlich wird sie sich bei der Durch-
führung des Schreibgeschäftes in Anbetracht der Knapp heit
meiner Zeit nicht erit die Bequemlichkeit gestattet haben,
ihren Mantel abzulegen, und es konnte somit leicht ge-
schehen, daß er sich beim hastigen Schließen einer ver-
wehens durchdrungen Schublade einklemmte und daß bei

ven vielleicht etwas unheimlichen Befreiungsversuch einer
der Knöpfe abprang, ohne daß die Dame dessen gemahrt
wurde. Es bedarf keines überzogenen Scherzins für diese
Folgerungen, und ich bin überzeugt, daß selbst der ein-
zigtätige Untersuchungsrichter bei Kenntnis aller übrigen Um-
stände zu genau denselben Schlüssen gelangen würde."

"Ihre Kombinationen, Herr Doktor, sind für das, was
mir noch miteinander zu besprechen haben, ohne Belang.
Ich möchte von Ihnen lediglich zu erfahren, welchen Preis
Sie für Ihre vermeintliches corpus delicti und für Ihre
Verfügbarkeit verlangen."

"Ich würde natürlich die Auslieferung der Briefe
fordern, wenn ich nicht überzeugt wäre, daß diese Be-
dingung für die Prinzessin wie für die beiden anderen
Damen unerfüllbar ist. Denn die wertvollen Papiere sind
ja allem Anschein nach spurlos verschwunden. Aber sie sind
doch nicht ganz unerreichlich. Und ich beuge nicht den ge-
ringsten Zweifel, daß die Prinzessin Anzeigen den für uns
wertvollsten Teil ihres Inventars aus dem Gedächtnis aus
retaphulieren vermag."

"Mit anderen Worten: Sie soll Ihnen die Namen der
durch Ihre Briefe compromittierten Persönlichkeiten an-
geben?"

"Es freut mich, daß wir uns so rasch verstehen. Ja,
gerade das ist es, was ich als Gegenleistung beanpruche."

Hoffmann hatte ein Wort entrüster Juridumweisung auf
den Lippen. Aber er befaß sich noch zur rechten Zeit
darauf, daß er damit eine verhängnisvolle Heberleitung be-
gehen würde, und am Ende hatte er ja nicht einmal
ein Recht, hier im Namen der Prinzessin zu sprechen.
So zwang er seinen Unwillen nieder und behielt auch
seine Geduld, von denen der Pole nicht eine Sekunde
lang seinen forschenden Blick verdrängte, gut in der Gewalt.
"Sie begreifen, daß ich Ihnen darauf nicht aus eigener
Machtvollkommenheit zu antworten vermag," sagte er an-
scheinend ruhig. "Auch die Komtesse Waldendorff würde
ja nicht in der Lage gewesen sein, Ihnen eine sofortige
Zusage zu machen, denn die Entscheidung liegt hier einzig
bei der Prinzessin."

Das weiß ich sehr wohl, und es ist darum selbstver-
ständlich, daß ich Ihnen für die endgültige Antwort auf
meinen Vorstoß eine angemessene Frist einräume. Wenn
Sie die Komtesse heute noch verständigen, und wenn die

als unergangliches Tagesblatt in den Annalen der päpstlichen Diplomatie erscheinen wird. Es war eine Tat, da der Papst das Wort vom Frieden in das Getümmel eines Kampfes gemorren hat, der droht, Europa in eine blutgetränkte Trümmerstätte zu verwandeln. Gerade das deutsche Volk und die deutsche Regierung, denen das Bewußtsein ihrer Stärke und inneren Sicherheit es immer leicht gemacht hat, ihre Bereitwilligkeit zu einem ehrenvollen Frieden zu betonen, begrüßen die Initiative der Kurie dankbar, die es ihnen ermöglicht hat, die nationale deutsche Politik mit neuen in Klarer und unabweisbarer Weise darzulegen. Ich sage mit Stolz, nationale Politik, denn ich hoffe und glaube, daß die Antwortnote der deutschen Regierung sowohl ihrer Entschlossenheit wie ihrem Inhalte nach den Willen der überwiegenden Mehrheit der Deutschen verkörpert. Ist dies das erste Ergebnis eines Zusammenwirkens zwischen allen Faktoren der Regierung und den Vertretern des deutschen Parlaments. Im Vorstadium wird häufig mit der Legende operiert, es gäbe in Deutschland eine Politik der Regierung und eine Politik des Volkes. Dies ist heute ganz bestimmte Legende, und nicht kann diese Legende gründlicher zerfallen, wenn Sie meine Herren, sich geschloßen der in unserer Antwort an Seine Heiligkeit überlegenen Politik anschließen. Auch die ästhetischen Behauptungen, als behänden im Schoße der Regierung selbst miteinander zersetzende Auffassungen, als zeigten sich Divergenzen unter den leitenden Männern selbst oder gar Zwischen der Reichsleitung und jenen mentalen Führern, diese Ansprüchen sollen der verdienten Würdigung preisgegeben sein. Alle genannten Stellen arbeiten stäblich und mühselig in voller Harmonie aufs engste zusammen.

Die Ausrede. In der Erörterung bringt Abg. Noke (Soz.) die oft wiederholte Auffassung seiner Partei zum Ausdruck. Insbesondere betont er, daß gerade die Frage sich zu klären im Sinne der Förderung des Friedens und des Wohls der Deutschen Land ganz undistastabel ist. Den Einmüßigenwünschen des Volkes in innerdeutscher Hinsicht weist er zurück. — Abg. Kammann (Wolsp.): Wir müssen nicht ein neues Friedensangebot, aber unter uns müssen wir die Frage diskutieren, ob der Krieg die letzte Entscheidung bringen wird und bringen kann. Wir sind damit einverstanden, daß man Einzelfragen nur mit großer Zurückhaltung behandelt hat.

In der weiteren Erörterung erklärte der Reichsanwalt: Ein freiwähliger Abgeordneter hat richtig ausgesprochen, daß die Stellung der Reichsleitung zu den Angelegenheiten durch meine Antwort auf die päpstliche Friedensnote klar umschrieben wird. Da in dieser Antwort die Friedensnotwendigkeit vom 19. Juli ausdrücklich erwähnt ist, bedarf es weiterer Klarstellungen nicht mehr. Im übrigen habe ich folgendes zu erklären: Die in den letzten Wochen lebhaft erörterte Frage, daß die Reichsleitung bereits mit oder ohne unser Wissen sich zu einer Erklärung in Verbindung gesetzt haben wird, und daß hierbei nach einer — wie ich höre — ziemlich weit verbreiteten Auffassung die deutsche Reichsleitung von vornherein Besatzungsgebiete und somit die wertvollsten Bestandteile der Besatzungsgebiete für kommende Friedensverhandlungen preisgegeben haben sollte, ist unzutreffend. Ich habe festgestellt: Die Reichsleitung hat für mögliche Friedensverhandlungen freie Hand. Das gilt auch für Belgien.

Der Staatssekretär des Auswärtigen erklärte auf die Anfrage eines nationalliberalen Abgeordneten:

Der Artikel in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ über die belgische Frage ist eine Redaktionsangelegenheit, für die daher ungenügend seitens der Reichsleitung eine Verantwortung nicht übernommen werden kann. Seine Verbreitung durch die B. Z. ist ohne Kenntnis der Reichsleitung oder einer anderen leitenden Reichsstelle erfolgt.

Abg. Dr. Werner-Giese (Deutsche Fr.): Das deutsche Volk solle den Frieden haben, aber nicht den Besatzungsfrieden. — Abg. Serodt (Zentrum): Auf maßvolle Friedensziele könnten sich alle einigen und sollten es tun. — Abg. Schöner (L. S.): Wir würden den Frieden schon viel früher kommen, wenn die Regierung klipp und klar den Besatzung auf jede gewalttätige Annexion ausspricht. — Abg. Graf Weltp (Kath.): Die objektiven Vorfälle respektieren unsere Lebensnotwendigkeiten nicht genug. Deutschland könnte sich nicht um gewisse Verhältnisse festlegen. Wohl fühlt es ungenügend seine politischen Interessen. — Abg. Dr. Giese (L. S.): Die Haltung der Regierung ist sehr vollkommen klar. Es ist unrichtig, wieder einen Zweifel hineinzubringen. Die Antwortnote enthält alles. Wer sie nicht versteht, dem fehlt das ABC der Politik (1). Auch die heutige Erklärung des Reichsanwalts ist völlig klar und in allen Teilen einwandfrei. Nun aber ist auch Einigkeit des deutschen Volkes möglich (1).

Am Schluß der Sitzung wurden noch verschiedene Fragen angesprochen. Staatssekretär v. Kühlmann erklärte hierzu:

Sobald durch die Publikation der amerikanischen Regierung die

Depeschen des Grafen Kurburg

bekannt werden, sind die nötigen Schritte getan worden, um den Grafen Kurburg hierher zu berufen. Er wird sich hier zu verantworten haben. Dem argentinischen Gesandten hat das Auswärtige Amt unverzüglich ausgesprochen, daß wir die Fälligkeit der Depeschen in unseres Gesandten mißbilligen und daß ihr Inhalt keinen Einfluß auf die Entscheidung und Verlesungen der deutschen Regierung gehabt hat. Die beschriebene Regelung des „Toro“ Zwischenfalls sei der amerikanischen Regierung unangenehm gewesen, daher habe sie zur Veröffentlichung der Depeschen gegriffen, um das Verhältnis zwischen uns und Argentinien von neuem zu klären.

Die Beziehungen zu Spanien sind in den Brundbären gut, wie dies den Absichten der Monarchen und der Kaiser entspricht. Es bestehen auf spanischer Seite Wünsche, die wir nicht immer erfüllen können, so sehr wir auch wünschen, dem spanischen Volke entgegenzukommen. Bis her jedoch ist kein Eintrag gefunden worden, der für beide Völker erträglich war. Der Staatssekretär ging dann in sehr herzlichen Worten auf die Fürsorge und Liebesfertigkeit der Holländer ein. Ueber ein kommerzielles Abkommen, das im wesentlichen den Holländern vorteilhaft und uns Vorteile auf dem Gebiete des

seerettweises geben soll, werde noch verhandelt. Eine solche Einigung sei noch nicht erzielt, doch lasse der auf beiden Seiten vorhandene gute Wille hoffen, daß man zum Abschluß kommen werde. Die amerikanische Wirkung der amerikanischen Publikation in Schweden wird, wie der Staatssekretär meint, überwunden werden können. Ueber die in inneren Folgen der Wahlen in Schweden ist noch kein klares Bild zu gewinnen.

Das Fazit der Erörterungen

kann im wesentlichen als ein immerhin erfreuliches festgestellt werden. Allen dankten Gerichten von Zugehörnissen und geheimen Festlegungen auf solche ist in wünschenswerter Gründlichkeit entgegengetreten worden. Das trübt meistens über den Mangel an Geschlossenheit seitens des Reichsanwalts in seiner Aufsehung, wonach, wenn wir in unserer Politik auf Einzelheiten eingegangen wären, die feindliche Presse die deutschen Zugeständnisse als Zeichen der wachsenden Schwäche Deutschlands ausbeuten würde. Das besagt doch implizite, daß Deutschland zu erstaunlich weitreichenden Zugeständnissen bereit ist, und wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß die feindliche Presse diese wenig geschätzten Worte entzweifelnd kräftig ausbeuten wird. Es ist tief bedauerlich, daß unsere Staatsmänner in so schwieriger Zeit ihre Worte so wenig zu wägen verstehen. Sehr bemerkenswert ist die Chamelons-Umänderung des Abg. Erzberger, dessen amnoshend aufgenutzte Selbstherrlichkeit einen ziemlich fälschlichen Anstrich gewinnt. Reichlich ist auch der Eindruck der sozialistischen und fortistitischen Redner, die einen typischen Mangel an realpolitischen Verständnis und — wenigstens bei den Ersteren — einen deutlichen Ueberblick an agitatorischen Mitteln gegenüber ihren Wählern aufweisen. Verhältnismäßig auf abgemessenen hat untreulich der Staatssekretär v. Kühlmann, obwohl das offensichtliche Lob dieses Staatsmanns seitens des „Berl. Tagbl.“ und des „Vorwärts“ unwillkürlich das Mißtrauen nationaler Politiker neu nähren muß.

Bringt Eueren goldenen Uher und Eorgonketten zur Goldaufnahmestelle und bezieht dafür eiserne Ketten.

Sie sind ein Schmar, der dem Ernst des Tages entspricht, sie werden später ein wertvolles Andenken an die jetzige schwere Zeit sein.

Aus Stadt und Umgebung

Antwort des Kaisers und Hindenburgs auf die Merseburger Depeschen.

Auf die Begrüßungen durch die Verlammlung der hiesigen Bürgerschaft am vergangenen Dienstag lag folgende Antworttelegramme des Kaisers und des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zurück:

Hofburg, 27. September. S. M. der Kaiser lassen sich die naturidliche Ausdehnung der hiesigen Bürgerschaft herzlich danken. Geh. Kabinetsrat v. Valentini.

St. P. Hauptquartier, 27. September. Herzlichen Dank der Bürgerschaft Merseburgs für die einmütige Jubiläumfeier fremder Annahme und den treudeutschen Gruß von Hindenburg.

Personalien

Der Verwaltungsgerichtsdirektor Klingholz tritt am 1. Oktober d. J. in den Ruhestand. Ueber 20 Jahre hat er hier im Bezirksauswahlsamt treulich gewirkt und hat sich hier die Liebe und Hochachtung der mit ihm in dienstlichen Verkehr gekommenen Beteiligten in hohem Maße erworben. In den Sühnen des Bezirksauswahlsamt hat er stets ein forresoltes und freundliches Wesen zum Ausdruck gebracht, was in vielen Kreisen der Einwohner des Bezirks die höchste Würdigung gefunden hat. Mit ihm scheidet ein Beamter aus dem Staatsdienst, dem wohl von allen Seiten ein treues Gedenken gesichert ist. Wir wünschen, daß Herr Klingholz sich noch viele beschäftigender und lohnender Jahre seines wohlverdienten Ruhestandes erfreuen kann.

Die Walfen- und Munitionindustrie

entfaltet nach wie vor eine riesige Tätigkeit. Das deutsche Heer braucht Waffen zu seinem endgültigen Sieg. Und diese muß das deutsche Volk in der Heimat heranzubringen. Es gilt einen hohen Preis: ein frisches deutsches Land! Der Staat tut sein Möglichstes, um allen Anforderungen des Heeres gerecht zu werden. Aber er braucht die Unterstützung seiner Bürger. Er vertraut ihnen und bittet sie als Zeugen ihres Vertrauens, zum Gelingen der 7. Kriegsjahre die Beizunahme. Bei seiner Wort ist das Geld so sicher angelegt wie beim deutschen Staat. Wenn schon nicht um des Reiches willen, so muß jeder um seiner selbst willen auf die Kriegsanleihe zeichnen.

Invalidentversicherung

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß die russisch-polnischen Arbeiter seit der Eröffnung des Königschloßes Bolon 5. November 1916 der Invalidentversicherungspflicht unterliegen, daß also von diesem Zeitpunkt ab Beitragsmatten für sie verwendet werden müssen. Dagegen ist für die polnischen Arbeiter Altersrückstellungenanwartschaft nur die Arbeitgeber-Hälfte in bar an die Landesversicherungsanstalt zu entrichten. Die Nachmeldungen über die im ersten Halbjahr 1917 beschäftigten Arbeiter in russisch-polnischen Arbeiter (Gehilfen) sind somit es noch nicht erschienen ist, ungenügend an den Vorstand der Landesversicherungsanstalt einzubringen.

Einloch-Achter

Am Sonntag geht der überaus bekannte Schmarf „Eine Orientreise“ der Ueberfall des „Kampfbundes“ in Szene. Der Schmarf, welcher von Bümenthal und Kabeberg stammt, ist wohl eines der amiantensten der Didirextra und ist im Grunde, sein Publikum den ganzen Abend in Spannung und besterter Stimmung zu erhalten. Am Samstag findet die erste Kindervorstellung in dieser Spielzeit statt, geben wird das alte schöne Märchen „Alchendraebel“ für Donnerstag be-

findet sich in Vorbereitung die große Operettenkomödie „Die Kinkelhühner“ von Gilber.

Remerungen im Schalterbetrieb bei dem Postamt.

Dem Beispiel der meisten Behörden und vieler Geschäftslente folgt jetzt auch höhere Anordnung auch das hiesige Postamt und verlegt zur Erparnis von Gas und Heizmaterial die Schalterstunden auf die Tageszeit. Vom 1. Oktober ab werden sämtliche Schalter geöffnet von 8 Uhr vorm. bis 12 Uhr mittags und von 2 Uhr nachm. bis 6 Uhr abends. Es unterliegt nach der Prüfung, ob unter Umständen, insoweit eine weitere Einschränkung der Schalterstunden — ausgenommen für die Brief- und Paketabgabe — auf die Zeit von 9 Uhr bis 12 Uhr vorm. eintreten kann. Sonntags tritt keine Veränderung ein. — Die Brief- und Paketabgabe beginnt vom 1. Oktober ab früh um 7 Uhr, mittags um 8 Uhr.

Höchstpreise gelten auch für die Rüstungsindustrie.

Wie die Reichsministerialkommission die Höchstpreisbestimmungen mitteilt, ist bezüglich der Höchstpreise, daß die amtlich festgesetzten Höchstpreise nicht für die Einkäufer zur Verlegung der Rüstungsarbeiter und der Schmarbeiter überhaupt Geltung hätten. Besonders machen Einkäufer, die unter Verletzung der Höchstpreise Waren an die Gewerbetreibenden abzugeben, im Falle einer Strafverfolgung diesen Einwand nicht machen dürfen, sondern sich für die Einhaltung der Bestimmungen für den Einzelfall getroffen hat, ist diese Ansicht durchaus richtig. Sowohl die reichsministerialen Höchstpreise wie die Höchstpreise, die von einzelnen Gemeinden oder Bezirken für Grund- und Höchstpreise des Rohmaterials, also auch für die Einkäufer durch die Rüstungsindustrie, Geltung.

Die Festlegung der Eisenbahn in der Heimat

Im Bereich schränkt durch große Leistungen für die Heeresverwaltung. Die Festlegung der Eisenbahnverrichtungen zu erfüllen, die Verteilung der Rohstoffe und Kohlenstoff, zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit sind von der Eisenbahnverwaltung in weitestem Umfang Maßnahmen getroffen, die aber nicht ausreichen, falls nicht auch das reisende und verkehrsfördernde Publikum die Eisenbahnverwaltung unterstützen. Die wichtigsten Maßnahmen unterliegen. Gepäck und Expressgut sind auf das notwendige Maß einzuschränken. Ausnutzung der Güterwagen bis zur angebrachten Tragfähigkeit. Zusammenfassung der Befestigungen und Zusammenballung der Güter für mehrere Empfänger an Orten, die in derselben Richtung liegen. Schnellverkehr der Eisenbahn, auch an Sonntagen und Feiertagen, unter Beachtung von Lebensmitteln, Rohstoffen und durch Anbahnung und Bildung von Belegungsvereinen, damit nach Möglichkeit die Abfuhr mit geschlossenen Zügen erfolgen kann. Unterlassung unnötiger und unwirtschaftlicher Transporte. Der Bezug von ferngelegenen Orten muß vermieden werden, sofern ein nähergelegenes Verkehrsgebiet vorhanden ist. Dort sind finanzielle Nachteile in Kauf zu nehmen und keine Rücksichten auf allgemeine und bequeme Belegungsbedingungen zu nehmen. Vermeidung von Sendungen auf kurze Entfernungen, soweit sie durch Fußverkehr oder Kraftwagen befördert werden können. Beachtung des Wasserweges namentlich für Passagiere auf möglichen Ausweichwegen. Vermeidung von Besatzungen und bei erheblichen Erweiterungen zuerst Besatzungen und Gleisanlagen ausbauen. Rechtzeitige Benachrichtigung der Eisenbahnverwaltung, sobald ein großer Verkehrswachstum zu erwarten ist. Die Eisenbahnen müssen in dieser Zeit in erster Linie dazu dienen, die Bedürfnisse des Heeres, der Volkswirtschaft und der Kriegswirtschaft zu befriedigen.

Die Entscherte Kommission für Schmarzpreise.

teilt mit: Es ist uns mehrfach bekannt geworden, daß das Schmarzpreisbestimmungen bei Reparaturen von Maschinen, die von den ersten Reichsministerialkommissionen. Wir werden in allen Fällen, die uns bekannt werden, hiergegen mit aller Entschiedenheit einschreiten. Wir müssen jedoch hierbei auf die Unterstützung des Publikums rechnen und erlauben deshalb, alle Fälle, in denen Schmarzpreise für Reparaturen übermäßige Preise verlangen, entgegen uns oder die zuständigen Preisprüfungsstelle benachrichtigen.

Trocknung von Karosellstahl und Hülsenstahl.

Die Baugenerierung der deutschen Kanoniere G. m. b. H. Berlin W. 35, Potsdamerstr. 20, macht bekannt, daß sie grünes Karosellstahl trocken und getrocknete Hülsenstahl zum Preise von 200 Mark für 1000 Kilogramm ohne Satz waagerecht Verladung übernimmt. Die näheren Bedingungen sind in einem Kundenschein enthalten, welchen bei der Bestätigung der Bestellung unbedingt eingehalten werden kann. Durch die Erhaltung großer Mengen genannter Trocknerkanoniere kann die bestehende Kanoniere, unter der besonders die Pferdehalter in den Großstädten leiden, gelindert werden. Eine Abwertung und Trocknung von Karosellstahl und Hülsenstahl ist daher ein dringendes Gebot unserer Volkswirtschaft.

Reiseleise Angestellte.

In letzter Zeit sind von amtlichen Stellen in Deutschland aus in letzter Zeit die Reiseleise Angestellten in der Heimat zu unterstützen. Die neuen dortige unermessliche Behauptung entkommen dem Gebot der Ökonomie und Gemeinwohl. Nach Betonung der günstigen Erträge der stark vermehrten Lieferungsleistungen für G. m. b. H. wird in einer mehr oder weniger offiziellen Preis-Mitteilung darüber gesagt, daß sich neuerdings Landwirte der Befolgung der Beiträge zu enthalten. Jedem, dem wohl ihnen nur gemeinsamen Hindernisse höhere Preise angeboten werden. „Es werden“ heißt es in dieser Kundgebung — „verleitet, lügenhafterweise angeben, ihre Ernte wäre durch Schädigungen vermindert.“

Gegen diese Verhältnisse, für die nicht die geringsten Beweise vorliegen, müssen Landwirte und Händler die schärfste Verwarnung einlegen. Wenn es schon bewahrheitet bleibt, daß solche unbegründeten Ansprüche, die nur zur weiteren Verbitterung der Landwirte führen können, überhaupt erfolgen, so ist es besonders bedauerlich und unerträglich, daß amtliche Stellen dem Grund von Material, das nur auf Vermutungen beruhen kann, solche Ansprüche aufkommen lassen. Es bleibt zur Klärung des sonst völlig unerklärlichen Vorganges nur die Möglichkeit einer unrichtigen Weitergabe mündlich gemachter Mitteilungen. Eine Aufklärung wäre dringender erforderlich.

Militärische Hilfe für die Herbststellung und Haftverhältnisse.

In der Erkenntnis, daß alles bestehen muß, um die Ernte der Soldaten und die Herbststellung rechtzeitig und in vollem Umfang durchführen zu können, hat das Kriegsministerium am 2. September den Generalkommanden eine Verfügung erlassen, worin diese erfüllt werden, zur Haftverhältnisse und Herbststellung in weitgehendem Maße Verleubarungen der Landwirte und Landwirtschaftsarbeiter aus den Ernteformationen der Heimat eintreten zu lassen. Alle irgend einschneidenden und verändernden Gesinnungen der Erntearbeiter sind der Landesbehörden bekannt zu geben, damit die Herbststellung in der Heimat ist ausdrücklich betont, daß dienliche Interessen vorübergehend gegenüber der Bedeutung der Volkswirtschaft zu berücksichtigen haben. Es ist den Landwirten auf das Dringendste zu empfehlen, von der hierdurch geschaffenen Möglichkeit der Beschäftigung von Militärpersonen unmissverständlich Gebrauch zu machen.

Karosellstahl, ein wertvolles Futtermittel

Bei dem großen Mangel an Futtermitteln werden viele Landwirte in diesem Jahre an die Gewinnung des Kar-

Unsere Postbezieher

biten wir, die Bestellungen für das neue Vierteljahr baldigst dem Postboten oder dem nächsten Postamt übergeben zu wollen.

Merseburger Tageblatt (Kreisblatt)

Ist allen Kreisangehörigen ein unentbehrlicher Lesestoff geworden. Es unterrichtet nicht nur am schnellsten und umständlichsten über alle Geschehnisse des öffentlichen Lebens, sondern auch die

Kriegsereignisse

dieses in seinen Berichten, aus Stadt und Land nicht nur vieles Interessante und Wissenswertes, sondern gewährt auch der Hausfrau und der Familie durch seine Beilagen (Sonntagsblatt, Haus- und Landwirtschaft, Wandfahrpläne und Wandkalender) unterhaltende und stützliche Beigaben.

amtlichen Bekanntmachungen

Insbesondere in Lebensmittel-Angelegenheiten, bringt das M. T. zuerst in ausführlicher, was hierzu für den Privatmann wie für den Geschäftsmann von besonderem Werte ist.

Preis Mk. 1,80 vierteljährlich, 60 Pfg. monatlich, bei freier Zustellung ins Haus 14 Pfg. monatlich mehr.

Anzeigen haben vortreffliche Wirkung.

Auf kleine, den eigenen Haushalt betreffende Anzeigen nehmen wir die laufende Bezahlung voll in Zahlung. In dieser Stadt kostet der Bezug monatlich 60 Pfg. frei ins Haus.

Die Geschäftsstelle des „Merseburger Tageblatt“ (Kreisblatt) Merseburg, Hälterstrasse 4

Der Kampf um Flandern.

Mit einer Fähigkeit und Erbitterung, die in der Weltgeschichte ihresgleichen sucht, ringen unsere Feinde an der Westfront um den Endsiege. Opfer werden gebracht, die Frankreichs Volkstraft aus schwerer Gefahr und Englands Staatsgebäude ins Wanken bringen.

Deutschlands wirtschaftliche Macht zu brechen, darum allein ging der Streit. Das wußten wir und darum haben wir unsere Flotte gebaut.

Deutschlands wirtschaftliche Macht zu brechen, darum allein ging der Streit. Das wußten wir und darum haben wir unsere Flotte gebaut. Aber ihre Basis war die denkbar schwächste.

Wir sind in der Lage, die Vorkämpfer der Welt abzuwehren, die Vorkämpfer der Welt abzuwehren, die Vorkämpfer der Welt abzuwehren.

Wir sind in der Lage, die Vorkämpfer der Welt abzuwehren, die Vorkämpfer der Welt abzuwehren, die Vorkämpfer der Welt abzuwehren.

bern zu verdrängen. Das deutsche Volk aber muß sich bewußt sein, daß seine Zukunftsentwicklung davon abhängt, daß diese mit so vielen deutschen Blut gedüngte Fläche nie wieder aus unserem Machtbereich entzogen wird.

Hindenburg zum 70. Geburtstag am 2. Oktober 1917.

Stählt Eure Herzen und schmiedet die Eisen! Unsere Grenzen sind flammender Mut. Aus allen Ländern, aus allen Meeren, Springt es wie Hochflut. Wer kann hier wehren? Todesadägen umbraut uns wie Sturm.

Hindenburg! — Und wir alle schenken dir, Jeder das Haupt ergreifen feilt. Wie ein Riese vergangenere Tage Hält er gefassen die Schicksalsfäden.

Hindenburg! — Und wir alle schenken dir, Jeder das Haupt ergreifen feilt. Wie ein Riese vergangenere Tage Hält er gefassen die Schicksalsfäden.

Hindenburg! — Und wir alle schenken dir, Jeder das Haupt ergreifen feilt. Wie ein Riese vergangenere Tage Hält er gefassen die Schicksalsfäden.

Hindenburg! — Und wir alle schenken dir, Jeder das Haupt ergreifen feilt. Wie ein Riese vergangenere Tage Hält er gefassen die Schicksalsfäden.

Aus Provinz und Reich

Ausgewählungen. Duerst, 28. September. Das Eisenkreuz wurde dem Musiker Carl Bornstein verliehen.

Adelshof, 28. September. Dem im Wollen mitkämpfenden Garde-Telephonisten Gefreiten Karl Westphal wurde das Eisenkreuz 2. Klasse verliehen.

Zur Gänglingsföhrer. Hapitz, 28. September. Die Sammlung für Kinderschut und Schulungsförderung ergab in dieser Gemeinde den ansehnlichen Betrag von 109,11 Mk.

Verleiger im Offiziersfeld. Jena, 28. September. Zwei fahnenflüchtige Unteroffiziere aus Jena sind auf dem Bahnhof Größengraben verhaftet worden.

Schwerer Straßenbahnunfall. Berlin, 28. September. Gestern abend fuhr ein Straßenbahnwagen der Linie 6 am Spandauer Berg auf einen haltenden Straßenbahnwagen der Linie 86. Neunzehn Verletzte wurden verarztet.

4 Uhr Gefäßstößel. Braunschweig, 28. September. Vier werden von maßgebenden Stellen Beratungen gepflogen, ob es sich empfiehlt, den allgemeinen Schah der Gefäßstöße am 4 Uhr nachmittags während des Winterhalbjahres einzuführen.

Vom Ausland

Ein französischer Flieger als Einbrecher. Bern, 28. September. Vor einiger Zeit wurde in dem Landhaus Strahlsberg bei Yverdon eingebrochen und dort, wie auch in der Umgebung, eine Anzahl Schmuckstücke ausgehoben.

Ein französischer Flieger als Einbrecher. Bern, 28. September. Vor einiger Zeit wurde in dem Landhaus Strahlsberg bei Yverdon eingebrochen und dort, wie auch in der Umgebung, eine Anzahl Schmuckstücke ausgehoben.

Ein französischer Flieger als Einbrecher. Bern, 28. September. Vor einiger Zeit wurde in dem Landhaus Strahlsberg bei Yverdon eingebrochen und dort, wie auch in der Umgebung, eine Anzahl Schmuckstücke ausgehoben.

Ein französischer Flieger als Einbrecher. Bern, 28. September. Vor einiger Zeit wurde in dem Landhaus Strahlsberg bei Yverdon eingebrochen und dort, wie auch in der Umgebung, eine Anzahl Schmuckstücke ausgehoben.

Ein französischer Flieger als Einbrecher. Bern, 28. September. Vor einiger Zeit wurde in dem Landhaus Strahlsberg bei Yverdon eingebrochen und dort, wie auch in der Umgebung, eine Anzahl Schmuckstücke ausgehoben.

Kunst und Wissenschaft.

Stadttheater Halle.

Am Sonntag, den 30. September, wird nachmittags 3 1/2 Uhr als Volksoffnung zu kleinen Preisen Goethes „Spigen auf Tauris“ aufgeführt, ebenfalls, ebenfalls 7 1/2 Uhr kommt zum ersten Male „Fingros Hochzeit“ von Mozart unter maßvoller Leitung von Oskar von Baner in der herrlichen Einrichtung von Leopold Sadle zur Aufführung.

Nationalwoche der deutschen Bühnen.

Die dem Bühnenernied angehörenden Theater lassen vom 19. September ab Zeichnungen aus dem Repertoire an den Bühnen und in den Randblättern entgegennehmen. Die Zeichnungen sind bis 7. Oktober jeweils bei der letzten Zeichnungsende des 7. Kriegsanleihe vorgelegt.

Neue Ausgrabungen in Pompeji.

In den letzten Wochen wurden in der zum Forum führenden Straße bei Abbona wieder bemerkenswerte Erfolge erzielt. Außerdem ist ein großes Gebäudefund und die vermehrte Wohnung des pompejanischen Patriarchen Erosius Valens aufgefunden worden.

Literarisches

Arbeitsstelle der deutschen Landwirtschaft nach dem Krieg. nennt sich ein Werk, das vom Unterstaatssekretär im Landwirtschaftsamt Dr. E. Dier von Braun herausgegeben wird und dessen Verkaufspreis 10 Mk. beträgt.

Handel—Verkehr — Volkswirtschaft.

Die Kohlen werden teurer.

Die Kohlenpreise werden teurer. Die Verarmung der Kohlenpreise behält auf Antrag des Geschäftsausschusses, für das letzte Viertel des laufenden Jahres die Höchstpreise einschließlich der Kohlensteuer für Kohlen um 2,40 Mk. für Koks um 3,60 Mk. und für Briketts um 2,50 Mk. zu erhöhen.

Die Kohlenpreise werden teurer. Die Verarmung der Kohlenpreise behält auf Antrag des Geschäftsausschusses, für das letzte Viertel des laufenden Jahres die Höchstpreise einschließlich der Kohlensteuer für Kohlen um 2,40 Mk. für Koks um 3,60 Mk. und für Briketts um 2,50 Mk. zu erhöhen.

Die Kohlenpreise werden teurer. Die Verarmung der Kohlenpreise behält auf Antrag des Geschäftsausschusses, für das letzte Viertel des laufenden Jahres die Höchstpreise einschließlich der Kohlensteuer für Kohlen um 2,40 Mk. für Koks um 3,60 Mk. und für Briketts um 2,50 Mk. zu erhöhen.

Die Kohlenpreise werden teurer. Die Verarmung der Kohlenpreise behält auf Antrag des Geschäftsausschusses, für das letzte Viertel des laufenden Jahres die Höchstpreise einschließlich der Kohlensteuer für Kohlen um 2,40 Mk. für Koks um 3,60 Mk. und für Briketts um 2,50 Mk. zu erhöhen.

Die Kohlenpreise werden teurer. Die Verarmung der Kohlenpreise behält auf Antrag des Geschäftsausschusses, für das letzte Viertel des laufenden Jahres die Höchstpreise einschließlich der Kohlensteuer für Kohlen um 2,40 Mk. für Koks um 3,60 Mk. und für Briketts um 2,50 Mk. zu erhöhen.

Die Kohlenpreise werden teurer. Die Verarmung der Kohlenpreise behält auf Antrag des Geschäftsausschusses, für das letzte Viertel des laufenden Jahres die Höchstpreise einschließlich der Kohlensteuer für Kohlen um 2,40 Mk. für Koks um 3,60 Mk. und für Briketts um 2,50 Mk. zu erhöhen.

Die Kohlenpreise werden teurer. Die Verarmung der Kohlenpreise behält auf Antrag des Geschäftsausschusses, für das letzte Viertel des laufenden Jahres die Höchstpreise einschließlich der Kohlensteuer für Kohlen um 2,40 Mk. für Koks um 3,60 Mk. und für Briketts um 2,50 Mk. zu erhöhen.

Die Kohlenpreise werden teurer. Die Verarmung der Kohlenpreise behält auf Antrag des Geschäftsausschusses, für das letzte Viertel des laufenden Jahres die Höchstpreise einschließlich der Kohlensteuer für Kohlen um 2,40 Mk. für Koks um 3,60 Mk. und für Briketts um 2,50 Mk. zu erhöhen.

Die Kohlenpreise werden teurer. Die Verarmung der Kohlenpreise behält auf Antrag des Geschäftsausschusses, für das letzte Viertel des laufenden Jahres die Höchstpreise einschließlich der Kohlensteuer für Kohlen um 2,40 Mk. für Koks um 3,60 Mk. und für Briketts um 2,50 Mk. zu erhöhen.

Die Kohlenpreise werden teurer. Die Verarmung der Kohlenpreise behält auf Antrag des Geschäftsausschusses, für das letzte Viertel des laufenden Jahres die Höchstpreise einschließlich der Kohlensteuer für Kohlen um 2,40 Mk. für Koks um 3,60 Mk. und für Briketts um 2,50 Mk. zu erhöhen.

Die Kohlenpreise werden teurer. Die Verarmung der Kohlenpreise behält auf Antrag des Geschäftsausschusses, für das letzte Viertel des laufenden Jahres die Höchstpreise einschließlich der Kohlensteuer für Kohlen um 2,40 Mk. für Koks um 3,60 Mk. und für Briketts um 2,50 Mk. zu erhöhen.

Die Kohlenpreise werden teurer. Die Verarmung der Kohlenpreise behält auf Antrag des Geschäftsausschusses, für das letzte Viertel des laufenden Jahres die Höchstpreise einschließlich der Kohlensteuer für Kohlen um 2,40 Mk. für Koks um 3,60 Mk. und für Briketts um 2,50 Mk. zu erhöhen.

Die Kohlenpreise werden teurer. Die Verarmung der Kohlenpreise behält auf Antrag des Geschäftsausschusses, für das letzte Viertel des laufenden Jahres die Höchstpreise einschließlich der Kohlensteuer für Kohlen um 2,40 Mk. für Koks um 3,60 Mk. und für Briketts um 2,50 Mk. zu erhöhen.

Bekanntmachung

betreffend Bestandserhebung von Holzspänen aller Art,
vom 20. September 1917.

Nachstehende Bekanntmachung wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht mit dem Vermerk, daß, soweit nicht nach dem allgemeinen Strafbuch höhere Strafen verhängt sind, jede Zuwiderhandlung gegen die Meldepflicht nach § 5 der Bekanntmachung über Auskunftsspflicht vom 12. Juni 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 804) wird. Auch kann der Betrieb des Handelsgewerbes gemäß der Bekanntmachung zur Veranstaltung unvollständiger Verleihen vom 28. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 803) unterlag werden.

Meldepflicht.

Die von dieser Bekanntmachung betroffenen Personen (Meldepflichtigen Personen, § 3) unterliegen hinsichtlich der von dieser Bekanntmachung betroffenen Gegenstände (meldepflichtige Gegenstände, § 2) einer Meldepflicht (§ 4).

Meldepflichtige Gegenstände.

Von dieser Bekanntmachung werden betroffen: Sägenhölzer (Eichenholz, Buchenholz und andere Holzarten), Holzspäne, Holzschliffe, Holzschmelze usw.

1. alle Vorräte an meldepflichtigen Gegenständen;
2. aller Anfall und Abgang an meldepflichtigen Gegenständen während des dem Stichtag vorausgegangenen Monats.

Meldepflichtige Personen.

Zur Meldepflicht verpflichtet sind: alle Personen, insbesondere alle landwirtschaftlichen und gewerblichen Unternehmer, alle öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Verbände (also auch staatliche Betriebe), die meldepflichtige Gegenstände erzeugen, in Gewahrsam haben oder abgeben haben oder auf Verleihen solcher Gegenstände Anspruch haben.

Die nach dem Stichtag (§ 4) entfallenden, aber schon vor dem Stichtage abgehandelten Vorräte sind nur von dem Empfänger zu melden. § 4.

Stichtag, Meldefrist, Meldestelle.

Für die Meldepflicht ist der Bestand am 1. Oktober 1917, 1. Januar und 1. April 1918 (Stichtag) maßgebend. Die erste Meldung hat bis zum 15. Oktober 1917, die folgenden haben bis zum fünften Tage des auf den Stichtag folgenden Monats zu erfolgen.

Die Meldungen sind an die „Beschaffungsstelle für Holzspäne und Strennmittel bei der Königl. Intendantur der militärischen Institute“, Berlin W 80, Victoria-Luisen-Platz 8, zu erstatten.

Art der Meldung.

Nach die unmittelbar zu Feuerungswecken verbrauchten Mengen an meldepflichtigen Gegenständen, gleichviel, in welcher Weise sie den Feuerungsanlagen zugeführt werden, sind in der Meldung anzugeben. Für die Meldung der verbleibenden Mengen genügen gewöhnlich ermittelte Durchschnittswerte.

Die Meldungen haben nur auf den amtlichen Meldebögen zu erfolgen, die bei der Wabruckerhaltung, der Kriegs-Rohstoff-Verschleiss des Königlich Preussischen Kriegsministeriums, Berlin SW 48, Verh. Behrenstraße 10, unter Angabe der Vordrucksnummer Nr. 1734b postfrei anzufordern sind.

Die Anforderung der Meldebögen ist mit dem amtlichen Unterschrift und neuer Unterschrift zu versehen. Der Meldebogen darf zu anderen Mittellungen als zur Beantwortung der erhaltenen Fragen nicht verwendet werden; er ist postfrei zu überreichen. Auf die Vorbehalte der zur Überleitung der Meldung bestimmten Verwaltungen ist der Vermerk zu setzen:

„Betrifft: Bestandserhebung über Holzspäne.“

Von den erstatteten Meldungen ist eine zweite Ausfertigung (Kopie), Durchschrift, sowie dem Meldenden bei seinen Geschäftspapieren zurückzubehalten.

Ausnahmen.

Ausgenommen von der Meldepflicht ist:

- a) ein am Stichtage vorhandener Vorrat von nicht mehr als 1 Tonne.

b) ein Anfall im Laufe des dem Stichtage vorausgegangenen Monats von nicht mehr als 1 Tonne. Wenn nur eine der Voraussetzungen unter a und b vorliegt, bleibt die Meldepflicht bestehen.

§ 7.

Lagerbuchführung.

Jeder Meldepflichtige (§ 3) hat, abgesehen von den Ausnahmen des § 6, ein Lagerbuch zu führen, aus dem jede Veränderung der meldepflichtigen Gegenstände und ihre Verwendung ersichtlich sein muß. Sowie der Meldepflichtige bereits ein bezugsfähiges Lagerbuch führt, braucht er ein besonderes nicht einzurichten.

Bei meldepflichtigen Gegenständen, die im eigenen Betriebe des Meldepflichtigen unmittelbar veräußert werden, genügt die Angabe der monatlich veräußerten Gesamtmenge als Anfall und Abgang im Lagerbuch.

Rechnungen der Vorkasse- oder Militärbüchereien ist lebendig die Führung der Geschäftsbücher und Geschäftsbücher, sowie die Bestimmung und Unterzeichnung der Verleihen einzuzeichnen und Räume zu gestalten, in denen meldepflichtige Gegenstände erzeugt, gelagert, eingeliefert werden oder zu verladen sind.

§ 8.

Anfragen und Anträge.

Alle Anfragen und Anträge, welche diese Bekanntmachung betreffen, sind an die Beschaffungsstelle für Holzspäne und Strennmittel bei der Königl. Intendantur der militärischen Institute, Berlin W 80, Victoria-Luisen-Platz 8, zu richten. Sie müssen auf dem Briefumschlag sowie am Kopie des Briefes den Vermerk tragen:

„Betrifft: Bestandserhebung über Holzspäne.“

§ 9.

Inkrafttreten.

Diese Bekanntmachung tritt am 20. September 1917 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Bekanntmachung Nr. 800/8, 17. A. II, betreffend Bestandserhebung von Holzspänen aller Art, vom 27. Juni 1917 außer Kraft.

Merseburg, den 20. September 1917.

Der Stellv. Kommandierende General des IV. Armeekorps

Frhr. v. v. D. General der Infanterie, à la suite des Russischer-Regiments Nr. 2.

Anordnung betreffend Feststellung des Gewichts der geernteten Kartoffeln.

Auf Grund des § 7 der Bundesratsverordnung vom 21. Juni 1917 (Reichs-Gesetzbl. Seite 809) wird auf Anweisung der Reichskartoffelstelle für den Umfang des Kreis Merseburg folgendes angeordnet:

§ 1. Jeder Kartoffelerzeuger hat am 15. September 1917 das Gewicht der geernteten Kartoffeln fortlaufend täglich festzustellen und in eine Kartoffelkarte einzutragen.

Die Kartoffelkarte sind durch die Expedition des Kreisamtes zu beschaffen.

§ 2. Als Gewichtsmasse gelten Kohlen, Äste oder Erde von je bestimmtem Gewicht nach eigener Wahl.

§ 3. Die Magistrate haben für die Stadtbezirke besondere Kartoffelanstellungs-Kommissionen zu ernennen.

§ 4. Die von den Magistraten ernannten Kartoffelanstellungs-Kommissionen sowie die Prüfungskommissionen auf dem Lande werden beauftragt, für ihre Bezirke Messungen der Gewichtsfeststellungen durch Feldproben vorzunehmen und in Spalte Bemerkungen des Formulars „Aufzeichnungen“ entsprechende Notizenvermerke aufzunehmen.

§ 5. Bei der Winterlagerung der Kartoffeln in Mieten ist das Gewicht der einzumietenden Mengen vor der Einmietung unter Heranziehung mindestens eines Mitgliedes der in § 4 bestimmten Messungskommission festzustellen. Das festgestellte Gewicht ist in die Kartoffelkarte einzutragen und in Spalte Bemerkung die Anzahl der Mieten anzugeben.

§ 6. Die Kartoffelkarten sind bis zum 1. Oktober d. J. der Gemeindebehörde einzureichen. Die Gemeindebehörden haben die Kartoffelkarten bis zum 6. Oktober der Kreis-Kartoffelstelle zur Fortschreibung der Wirtschaftskarten einzureichen.

§ 7. Die bis zum Einreichungsstermin noch nicht geernteten Kartoffelmengen sind von dem Kartoffelerzeuger unter Berücksichtigung des bis dahin von ihm festgestellten Durchschnittsertrages seiner Kartoffelernte zu schätzen oder es ist durch Proberendungen der voranschreitende Ertrag möglichst genau zu errechnen und dieser in die Kartoffelkarte einzutragen. In Spalte Bemerkung ist in diesem Falle einzutragen: „geschätzt“.

§ 8. In der Zeit vom 1. bis 10. November 1917 findet eine allgemeine Nachprüfung der ermittelten Kartoffelerntemengen durch Beauftragte des Kreisamtes statt.

§ 9. Von der für Anfang November 1917 leitend der Reichskartoffelstelle geplanten Bestandserhebung hat diese Abstand genommen.

§ 10. Die Vorschriften der Bundesratsverordnung vom 21. Juni 1917 (Reichs-Gesetzbl. Seite 809), betreffend die Ermittlung für die Zeit vom 20. September bis 6. Oktober d. J., werden durch diese Anordnung nicht berührt.

§ 11. Auf die Strafbestimmungen des § 17 Nr. 3 der Bundesratsverordnung vom 23. Juni 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 809) wird verwiesen.

§ 12. Diese Anordnung tritt mit dem 15. September 1917 in Kraft. Merseburg, den 10. September 1917.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

H. Nr. 4908 II. K. W. R. S. v. G. r. o. n. e.

- a) Polzei-Inspektionschef Kops,
 - b) Privatmann Ernst Red, Kleckstraße 1.
2. Die Kartoffelerzeuger mit einem Anbau von mehr als 200 a haben sich die nach § 1 vorgeschriebenen Kartoffelkarten, sofern das noch nicht geschehen, nunmehr sofort zu beschaffen.
3. Die Kommission wird sofort ihre Tätigkeit aufnehmen.
4. Vor jeder Einlagerung von Kartoffeln in Mieten durch Kartoffelerzeuger ist rechtzeitig der Kommission (Rathaus, Polzeiwache) Nachricht zu geben, damit wenigstens ein Mitglied zur Überwachung der Einlagerung bestimmt werden kann.
5. Die Kartoffelerzeuger haben die ordnungsmäßig aufgestellten Kartoffelkarten spätestens bis zum 3. Oktober 1917 abends 6 Uhr an die Polzeiwache — Rathaus abzugeben.
- Merseburg, den 20. September 1917. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

1. Auf Grund der Verordnung des Herrn Präsidenten des Kriegs-ernährungsamtes vom 30. August 1917 (Reichs-Gesetzbl. Seite 733) hat in der Zeit vom 20. September bis 5. Oktober 1917 eine Erhebung der Getreideernte in Verbindung mit einer Nachprüfung der im Juni d. J. vorgenommenen Erntefeststellungen stattgefunden.

- a) Winterfrucht, b) Sommerfrucht;
2. Getreide — Dinkel, Weizen — sowie Emmer und Einforn (Winter- und Sommerfrucht), Ertrag in entfallener Frucht (Kernen);
3. Wagnen;
4. Winterfrucht, b) Sommerfrucht;
5. Dinkel, b) Sommerfrucht;
6. Wagnen aus den Getreidearten 1 bis 5.

2. Die Erntebestimmung und die Nachprüfung der Erntefeststellung erfolgt gemeindebehördlich. Die Gemeindebehörden legen der Gemeindebehörde die Sachverhältnisse über die Erntefeststellungen dar. Sie ist unter Ausziehung der Betriebsinhaber oder ihrer Stellvertreter für jeden landwirtschaftlichen Betrieb gesondert vorzunehmen.

3. Die Gemeindebehörden, Sachverständigen und Vertrauensleute sind beauftragt, zum Zwecke der Erhebung die Grundstücke landwirtschaftlicher Betriebsinhaber zu betreten. Die landwirtschaftlichen Betriebsinhaber oder ihre Stellvertreter haben ihnen auf Verlangen Auskunft über den Anbau- und Ernteverhältnisse sowie über die Ernteresultate zu geben und darüber vorhandene Aufzeichnungen vorzulegen.

Die zehnjährige Behörde kann den probeweisen Ausdruck von Getreide anordnen.

4. Betriebsinhaber oder Stellvertreter von Betriebsinhabern, die vorzüglich die Angaben, zu denen sie auf Grund dieser Verordnung und der zu ihrer Ausführung ergehenden Bestimmungen verpflichtet sind, nicht oder wesentlich unrichtig oder unvollständig machen, oder die den nach § 4 Nr. 2 getroffenen Anordnungen nicht nachkommen, werden mit Geldstrafe bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mk oder mit einer dieser Strafen bestraft.

5. Betriebsinhaber oder Stellvertreter von Betriebsinhabern, die sachfällig die Angaben, zu denen sie auf Grund dieser Verordnung oder der zu ihrer Ausführung ergehenden Bestimmungen verpflichtet sind, nicht oder unrichtig oder unvollständig machen, werden mit Geldstrafe bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mk bestraft.

Merseburg, den 20. September 1917.

Der Königliche Landrat

H. Nr. 5438 K. W. R. S. v. G. r. o. n. e., stellv. Kreisverwalter.

Künstlicher Zahnersatz

Kronen- und Brückenarbeiten : Behandlung kranker Zähne.

Hubert Totzke, i. Fa. Willy Muder

Markt 19. Merseburg. Telefon 442.

Sprechzeit 8-6 Uhr. Sonntags 9-1 Uhr.



Bierde zum Schlachten
kauft
Felix Möbius
— Rohschlächterei, —
Fischer Keller 1. Fernruf 583.

Schaltwärterin
zur Bedienung einer kleinen Umformanlage in Merseburg gesucht. Die Stelle ist fallend für betriebl. Arbeiter, da neben der Bedienung der Maschine leicht noch weitere Arbeiten verrichtet werden können. Meldungen mit Angabe der Wohnansprüche nimmt entgegen
Elekt. Überlandzentrale Saalf.-Hüttenwerk, e. G. m. B., Halle a/S., Wagdeburgerstraße 67.



Bedmatten Herstellung sofort, Al-ler u. Joch-angab. Ausnahmest. d. d. Margonal, Berlin-Bellin-Land-Strasse 32.

Kaufe
ganze Nachlässe, Federbetten, Möbel und dergl.
H. Apelt, Oelgrube 7.

Friedmann & Co.
Bankhaus
Halle a/S., Poststrasse 2.
Anmeldungen auf die siebenste 5%ige Kriegsanleihe nehmen wir kostenfrei entgegen.
Erlidigung sämtlicher bankgeschäfl. Angelegenheiten.



Imser Wasser